

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1996

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung

- Drucksachen 12/400 und 12/690 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen

des Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 05 wird mit den aus dem Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.



Bericht

I. Beratungsverfahren

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung hat den Entwurf des Einzelplans 05 und Artikel I §§ 23 und 29 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1996 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 1996 und zur Änderung anderer Vorschriften - Drucksache 12/402 - in seinen Sitzungen am 13. Dezember 1995, 7. Februar und 28. Februar 1996 beraten.

Zur Erläuterung der Etatansätze des Sachhaushalts übersandte die Ministerin für Schule und Weiterbildung die Vorlage 12/292.

Die Stellenbegründungen zum Einzelplan 05 sind in der Vorlage 12/262 und der Anlage zu Vorlage 12/262 enthalten.

Zur Schlußsitzung am 28. Februar 1996 lagen die Ergänzungen der Landesregierung - Drucksache 12/690 - zum Haushaltsgesetz sowie zum Gesetzentwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes - GFG 1996 - und des Solidarbeitragsgesetzes - SBG 1996 - vor.

Vor Eintritt in die Abschlußberatung und Abstimmung stellte der Ausschußvorsitzende fest, daß ihm seit 2 Tagen Änderungsanträge der CDU-Fraktion, jedoch erst seit wenigen Minuten die Anträge (Neufassung) der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorlägen, die zur Sitzung mitgebracht worden seien. Er verwies in diesem Zusammenhang auf eine erschwerte Sitzungsleitung bezüglich der Abwicklung des Beratungs- und Abstimmungsverfahrens unter haushaltstechnischen Gesichtspunkten. Wenn hier im übrigen von einer Neufassung ausgegangen werde, müsse auch eine "Altfassung" existieren. Diese sei ihm überhaupt nicht bekannt.

Die CDU-Fraktion verwies darauf, die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen ebenfalls erst zur Sitzung erhalten zu haben. Eine Vorläuferfassung sei dem Sprecher am Abend zuvor zugefaxt und erst am Morgen vor der Sitzung zugänglich geworden. Die CDU habe keine Gelegenheit erhalten, sich mit den Anträgen inhaltlich zu befassen. Sie könnte sich deshalb zur Sache keine Meinung bilden. Der CDU-Sprecher beantragte, die Beschlüsse über den Haushalt 1996 zu vertagen und verwies in diesem Zusammenhang auf eine entsprechende Beschlußlage des Sportausschusses.

Die SPD-Fraktion erklärte, in der Vergangenheit seien von den anderen Fraktionen fast regelmäßig Vorlagen teilweise am selben Tag ausgetauscht worden. Man empfinde die Diskussion in dieser Art als unredlich.

Der Sprecher der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hob hervor, die Haushaltspositionen, über die heute abschließend diskutiert werden sollte, seien bekannt. Ein Vertagungsgrund sei nicht ersichtlich.

Der Antrag der CDU-Fraktion auf Vertagung wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt. Daraufhin erklärte die CDU, sie werde sich an den weiteren Beratungen nicht beteiligen, wenn SPD und GRÜNE keine Meinungsänderung herbeiführten.

Nach einer Sitzungsunterbrechung nahm die CDU-Fraktion an den weiteren Ausschußberatungen nicht teil.

Der Ausschußvorsitzende erklärte, er werde sich bei allen Anträgen der Stimme enthalten.

Anschließend wurde über die in der Anlage dargestellten Änderungsanträge abgestimmt.

II. Gesamtabstimmung

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung stimmte dem Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung - in der Fassung der beschlossenen Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit und einer Stimmenenthaltung der Fraktion der CDU zu.

Der Ausschuß für Schule und Weiterbildung stimmte dem Artikel I §§ 23 und 29 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1996 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit 1996 und zur Änderung anderer Vorschriften - Drucksache 12/402 - mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Abwesenheit und einer Stimmenenthaltung der Fraktion der CDU unverändert zu

Heinrich Meyers
Vorsitzender

Anlage

Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Schule und Weiterbildung (A 16)

zum Einzelplan 05

- Sachhaushalt -

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1.	CDU	<p>Kapitel 05 020</p> <p>Zur Sicherung des Unterrichts bei steigenden Schülerzahlen ist die globale Minderausgabe zum anteilmäßigen Ausgleich des Haushaltsplans um 33,5 Mio auf 35,1 Mio zu mindern. Die Erfahrung zeigt, daß der Schuletat jährlich mindestens diese Summe erwirtschaftet hat.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die zusätzlichen Stellen sind zur Deckung des Unterrichtsbedarfs erforderlich, der aus dem Programm "Geld statt Stellen" nicht gewährleistet werden kann.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD/GRÜNE nein CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2.	CDU	<p>Kapitel 05 020</p> <p>Zur Förderung der Weiterbildung ist die globale Minderausgabe zum anteilmäßigen Ausgleich des Haushaltsplans um weitere 10,2 Mio auf 45,3 Mio zu vermindern. Die Erfahrung zeigt, daß der Schuletat jährlich mindestens diese Summe erwirtschaftet hat.</p> <p>Begründung:</p> <p>Seit Inkrafttreten des Weiterbildungsgesetzes im Jahre 1974 hat sich der Landeszuschuß zu den Gesamtausgaben von rd. 55 % auf rd. 20 % vermindert. Daraus folgt die Umverteilung der steigenden Kosten auf Teilnehmer und Träger. Dem Rückzug des Landes aus der Weiterbildung ist durch eine Mittelaufstockung entgegenzuwirken.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD/GRÜNE nein CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>
3.	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 05 300 Titel 539 20</p> <p>Ansatz alt 260 000 DM Erhöhung 150 000 DM Ansatz neu 410 000 DM</p> <p>Begründung:</p> <p>Die überregionale Arbeit der Schülervertretungen ist bisher durch den zu engen Finanzrahmen an der Entfaltung gehindert worden.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD/GRÜNE ja CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis									
4.	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 05 300 Titelgruppe 80 Titel 653 80</p> <p>Förderbereich 7. "Öffnung von Schule"</p> <table border="0"> <tr> <td>Teilansatz</td> <td>alt</td> <td>690 000 DM</td> </tr> <tr> <td>Erhöhung</td> <td></td> <td>1 500 000 DM</td> </tr> <tr> <td>Teilansatz</td> <td>neu</td> <td>2 190 000 DM</td> </tr> </table> <p>Begründung: Dem Projekt "Öffnung der Schule" kommt Pilotfunktion für die erweiterte pädagogische Aufgabenstellung der Schulen zu. Es soll eine erheblich größere Zahl von Schulen an der Erprobung beteiligt werden.</p>	Teilansatz	alt	690 000 DM	Erhöhung		1 500 000 DM	Teilansatz	neu	2 190 000 DM	<p>angenommen</p> <p>SPD/GRÜNE ja CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>
Teilansatz	alt	690 000 DM										
Erhöhung		1 500 000 DM										
Teilansatz	neu	2 190 000 DM										
5.	CDU	<p>Kapitel 05 710</p> <p>Zur Förderung der Weiterbildung sind die Ansätze für die Zuweisungen für Einrichtungen der Weiterbildung in der Trägerschaft der Gemeinden sowie für die Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft um 8,3 Mio zu erhöhen.</p> <p>Begründung: Seit Inkrafttreten des Weiterbildungsgesetzes im Jahre 1974 hat sich der Landeszuschuß zu den Gesamtausgaben von rd. 55 % auf rd. 20 % vermindert. Daraus folgt die Umverteilung der steigenden Kosten auf Teilnehmer und Träger. Dem Rückzug des Landes aus der Weiterbildung ist durch eine Mittelaufstockung entgegenzuwirken.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD/GRÜNE nein CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>									

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6.	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 05 710 Titel 684 10</p> <p>Ansatz alt 61 791 000 DM Erhöhung 1 347 500 DM Ansatz neu 63 138 500 DM</p> <p>Für hauptberuflich tätige pädagogische Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen nach § 24 Abs. 2 WbG - 638 (634) Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen je 36 762 DM (34 650 DM) 23 454 156 DM</p> <p>Begründung: Die Landeszuschüsse für die Träger der Weiterbildung sind seit Jahren konstant geblieben. Eine Aufstockung ist erforderlich, um die Funktionsfähigkeit zu erhalten.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD/GRÜNE ja CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>
7.	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 05 730 Titel 684 30</p> <p>Ansatz alt 25 759 700 DM Erhöhung 532 200 DM Ansatz neu 26 291 900 DM</p> <p>Für hauptberufliche pädagogische Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen nach § 20 Abs. 2 Satz 1 WbG 252 (250) Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen je 36 762 DM = 9 265 024 DM</p> <p>Begründung: Die Landeszuschüsse für die Träger der Weiterbildung sind seit Jahren konstant geblieben. Eine Aufstockung ist erforderlich, um die Funktionsfähigkeit zu erhalten.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD/GRÜNE ja CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8.	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 05 720 Titel 712 10 (neu)</p> <p>Ansatz (neu) 500 000 DM</p> <p>Verpflichtungsermächtigung (neu) 1 500 000 DM (fällig 1997)</p> <p>Die Bildungsstätte Kronenburg soll für Zwecke der Lehrerfortbildung, insbesondere die Vorbereitung auf Schulleitungsämter und die Fortbildung der Schulleitungen, hergerichtet werden. Mit einer Gesamtinvestition von 1,99 Mio DM, von denen 500 000 DM im Haushalt 1996 als Baransatz und 1,5 Mio DM als VF ausgebracht werden, können jährliche Hotelkosten von ca. 720 000 DM erspart werden, so daß bei Eigenkosten von unter 200 000 DM der Bildungsstätte die Aufwendungen kurzfristig amortisiert sein werden.</p> <p>Die Deckung für den 1996 aufzubringenden Betrag ergibt sich durch gleich hohe Minderkosten bei den Baumaßnahmen für das Staatliche Kolleg Oberhausen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD/GRÜNE ja CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>
9.	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 05 450 Titel 713 10</p> <p>Ansatz alt 5 000 000 DM Verminderung 500 000 DM Ansatz neu 4 500 000 DM</p> <p>Begründung: Kürzung wegen Minderausgaben.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD/GRÜNE ja CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10.	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 05 730 Titel 684 50 (neu)</p> <p>Neuer Ansatz Diskurs zur Gentechnologie</p> <p>Begründung: Eine öffentliche Diskussion über den gesellschaftlichen Nutzen und über Risikopotentiale der Gentechnik, an der alle Teile der Gesellschaft beteiligt sind, ist von großer Bedeutung.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD/GRÜNE ja CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuß für Schule und Weiterbildung (A 16)**

zum Einzelplan 05

- Personalausstattung -

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1.	CDU	<p>Kapitel 05 140</p> <p>Verminderung um 145 Stellen</p> <p>Begründung:</p> <p>An dem Landesinstitut für Schule und Weiterbildung in Soest, dessen Aufgaben in diesem Umfang nicht erforderlich sind, werden ausgebildete Lehrer dem Unterricht an den Schulen des Landes "entzogen". Nach dem Prinzip "Unterrichten statt verwalten" sind 145 Stellen dem Unterricht wieder zuzuführen.</p> <p>Es ist zu prüfen, inwieweit die übrigen Bediensteten in der Schulverwaltung untergebracht werden können.</p> <p>Eine gleichmäßige und gerechte Unterrichtsversorgung an den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen ist sicherzustellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD/GRÜNE nein CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>
2.	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 05 310 Titel 422 10</p> <p>Verminderung um 5 Stellen (Ausgleichsstellen für Lehrerfortbildungsmaßnahmen)</p> <p>Begründung:</p> <p>Als Teildeckung für die Fortsetzung und Erweiterung des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD/GRÜNE ja CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3.	CDU	<p>Kapitel 05 300 Titel 425 10</p> <p>Zugang um 1 000 auf 1 934 Stellen zur Sicherung des Unterrichts bei steigenden Schülerzahlen</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD/GRÜNE nein CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>
4.	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 05 320 Titel 422 10</p> <p>Zugang von 3 Stellen</p> <p>Begründung:</p> <p>Fortsetzung und Erweiterung des Schulversuchs in der Sekundarstufe I zum zieldifferenten Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD/GRÜNE ja CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>
5.	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 05 380 Titel 422 10</p> <p>Zugang von 4 Stellen</p> <p>Begründung:</p> <p>Fortsetzung und Erweiterung des Schulversuchs in der Sekundarstufe I zum zieldifferenten Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD/GRÜNE ja CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6.	CDU	<p>Kapitel 05 380</p> <p>Verminderung um 786 Stellen</p> <p>Begründung:</p> <p>Angesichts der wachsenden Schülerzahlen und der unzureichenden Versorgung mit neuen Lehrern sowie der sich verschlechternden pädagogischen Qualität der Ausbildung von Kindern und Jugendlichen in den Schulen Nordrhein-Westfalens ist es nicht weiter hinzunehmen, daß die Gesamtschulen gegenüber den anderen Schulformen des gegliederten Schulwesens begünstigt werden</p> <p>Die bisherige Besserstellung der Gesamtschulen beruht insbesondere auf der günstigeren Schüler-Lehrer-Relation in der Sekundarstufe I der Gesamtschule.</p> <p>Für die Hauptschule, die Realschule und das Gymnasium ergibt sich in der Sekundarstufe I in bezug auf die Schüler-Lehrer-Relation ein Mittelwert von 1 : 19,73.</p> <p>Demgegenüber besteht an den Gesamtschulen eine Schüler-Lehrer-Relation von 1 : 18,2.</p> <p>Aus der haushaltmäßigen Gegenüberstellung ergibt sich für die Gesamtschulen in der Sekundarstufe I gegenüber den Hauptschulen, den Realschulen und den Gymnasien eine bessere Lehrerversorgung in Höhe von 698 Stellen.</p> <p>Im Hinblick auf eine gleichmäßige Lehrerversorgung sind Neugründungen von Gesamtschulen abzulehnen (69 Stellen). Darüber hinaus ist die besondere Bevorzugung der Gesamtschule "Laborschule Bielefeld" abzulehnen (19 Stellen).</p> <p>Somit kommen weitere 88 Stellen hinzu.</p> <p>Insgesamt ergibt sich demnach für die Gesamtschule eine Besserstellung von 786 Stellen gegenüber den Schulen des gegliederten Schulwesens. Eine gleichmäßige und gerechte Unterrichtsversorgung an den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen ist sicherzustellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD/GRÜNE nein</p> <p>CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7.	SPD/GRÜNE	<p>Kapitel 05 390 Titel 422 10</p> <p>Zugang von 13 Stellen</p> <p>Begründung:</p> <p>Fortsetzung und Erweiterung des gemeinsamen Unterrichts behinderter und nichtbehinderter Schülerinnen und Schüler in der Grundschule.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD/GRÜNE ja CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>
8.	CDU	<p>Kapitel 05 440</p> <p>Verminderung um 150 Stellen</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Schulversuch "Kollegschule" wird auch 1996 noch nicht beendet sein. Die seit numehr 17 Jahren andauernde Versuchsphase verursacht zunehmend unnötige Kosten: Lehrer an Kollegschulen erteilen - im Gegensatz zu Lehrern an beruflichen Schulen - eine Unterrichtsstunde in der Woche weniger. Dies ist gekoppelt mit einem Zuschlag für Lehrerstellen in Höhe von 10 % (150 Stellen).</p> <p>Eine gleichmäßige und gerechte Unterrichtsversorgung an den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen ist sicherzustellen.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD/GRÜNE nein CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9.	CDU	<p>Kapitel 05 310 - Öffentliche Grundschulen Kapitel 05 320 - Öffentliche Hauptschulen Kapitel 05 330 - Öffentliche Realschulen Kapitel 05 340 - Öffentliche Gymnasien Kapitel 05 390 - Öffentliche Sonderschulen Kapitel 05 410 - Öffentliche berufsbildende Schulen</p> <p>Es sind 1 081 Planstellen im Verhältnis der wesentlichsten Bedarfe folgendermaßen auf die genannten Schulformen aufzuteilen und in den entsprechenden Kapiteln zusätzlich auszubringen:</p> <p>für Grundschulen 200 Stellen für Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien (SEK I) 631 Stellen für Sonderschulen 100 Stellen für berufsbildende Schulen 150 Stellen</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD/GRÜNE nein CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>
10.	CDU	<p>Kapitel 05 410</p> <p>Im Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung - ist in Kapitel 05 410 für Lehrerinnen und Lehrer, die zwei berufsübergreifende Fächer haben, ein Einstellungskorridor von 10 % zu schaffen.</p> <p>Begründung:</p> <p>An berufsbildenden Schulen ist auf Dauer der Religionsunterricht sicherzustellen, was ohne die Berücksichtigung der Kombination von zwei berufsübergreifenden Fächern bei der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern nicht gewährleistet ist.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD/GRÜNE nein CDU Abwesenheit + 1 Enthaltung</p>

Das Finanzministerium
des Landes Nordrhein - Westfalen

Vorlage an den Haushalts- und
Finanzausschuß des Landtages
- Anlage zur Vorlage 12/413
12/414
12/415

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 1996

Einzelplan 05 - Ministerium für Schule und Weiterbildung -

Anlagen: Änderung in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 05

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
05 300	Schulen allgemein			
539 20 129	Förderung der überörtlichen Arbeit der Schülervertretungen	260.000	+ 150.000	410.000
TG 80	Durchführung von Schu- und Modellversuchen Haushaltsvermerke unverändert			
653 80 129	Zuweisungen an Gemeinden (GV) Verpflichtungsermächtigung unverändert	1.500.000	+ 1.500.000	3.000.000
	<u>Erläuterungen:</u>			
	Zu Titelgruppe 80: Die Mittel sind insbesondere bestimmt für Versuchsmaßnahmen in folgenden Förderungsbereichen:			
	7. "Öffnung von Schule"			
			
	Zusammen:			
	(bisher			
	6.700.000 DM 5.200.000 DM)			

Einzelplan 05

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
05 450	<u>Staatliche Schulen</u>			
713 10	Staatliches Kolleg Oberhausen	5.000.000	-500.000	4.500.000
124	2. Teilbetrag			
	Anpassung der Erläuterungen.			
05 710	<u>Weiterbildung</u>			
684 10	Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer	61.791.000	+ 1.347.500	63.138.500
153	Trägerschaft			
	<u>Erläuterungen:</u>			
	<u>Zu Titel 684 10:</u>			
	Nach § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz betragen die			
	<u>Durchschnittsbeträge:</u>			
	- für Personalkosten der hauptamtlich/hauptberuflich			
	tätigen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen.....			<u>61.270 DM</u>
	1.1 für hauptberuflich tätige			
	638 (634) Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen je			
	je 36.762 DM (34.650 DM)			23.454.156 DM
			
	<u>Zusammen</u>			<u>63.138.501 DM</u>
	<u>Gerundet</u>			<u>63.138.500 DM</u>
	Entsprechende Anpassung der Erläuterung des Mehrbetrages.			

Einzelplan 05

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
05 720	Bildungsstätte Kronenburg			
<u>Neu:</u> 712 10	Umbau der Bildungsstätte Kronenburg		+ 500.000	500.000
<u>153</u>	Verpflichtungsermächtigung: fällig 1997	1.500.000 DM		
	<u>Erläuterungen:</u>			
	Gesamtkosten lt. Kostenschätzung	2.000.000 DM		
	Veranschlagt 1996	500.000 DM		
	Vorbehalten	1.500.000 DM		
	Die Ausgaben sind gem § 24 Abs. 3 LHO gesperrt.			

Einzelplan 05

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
05 730	Landeszentrale für politische Bildung			
684 30 156	Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft, die ausschließlich Lehrveranstaltungen für politische Bildung durchführen <u>Erläuterungen:</u> Zu Titel 684 30: Nach § 10 Abs. 1 Haushaltsgesetz betragen die Durchschnittsbeträge: - für Personalkosten der hauptamtlich/hauptberuflich tätigen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen..... <u>61.270 DM</u> 1.1 für hauptberuflich tätige 252 (250) Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen je je 36.762 DM (34.650 DM) Zusammen <u>26.291.928 DM</u> Gerundet 26.291.900 DM Entsprechende Anpassung der Erläuterung des Mehrbetrages.	25.759.700	+ 532.200	26.291.900
Neu: 684 50 156	Diskurs zur Gentechnologie		+ 250.000	250.000

Einzelplan 05

Kapitel Titel FKZ	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
	Einzelplanabschluss: Gesamteinnahmen Gesamtausgaben Verpflichtungsermächtigungen	192.628.500 18.695.020.700 19.200.000	- +3.779.700 +1.500.000	192.628.500 18.698.800.400 20.700.000